

UNSER Oberschlesien



St. Annaberg/OS

Nr. 12 (1257) 27. Juni 2003

Die größte deutsche Zeitung in Oberschlesien

53. Jahrgang

2,60- Euro 3 zl (w tym 7% VAT)

Themen dieser Ausgabe

- Prag plant Entschädigung für deutsche Zwangsarbeiter.....2
- Zehntausende radikale Moslems in Deutschland aktiv.....2
- Das polnische EU-Referendum und die alten Grenzen.....3
- Zur aktuellen Situation der Deutschen in Oberschlesien.....5
- 25 Jahre Heimatmuseum in Danietz.....8

Distanziert sich Prag von der Vertreibung?

Sudetendeutsche begrüßen Erklärung der tschechischen Regierung

In einer Erklärung zum erfolgreichen Referendum über den EU-Beitritt hat die tschechische Regierung sich von der Vertreibung distanziert. Die Stellungnahme Prags ist auch von dem Bundesvorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bernd Posselt, als einen „positiven Schritt“ gewürdigt worden, obwohl die Benesch-Dekrete nach tschechischer Lesart unangetastet bleiben sollen.

Wörtlich heißt es in der von der tschechischen Botschaft in Berlin veröffentlichten Erklärung unter anderem:

„Der europäische Kontinent war, bevor er zu seiner Integration gelangte, Ort vieler Feindschaften sowie blutiger Konflikte einschließlich des Zweiten Weltkrieges, der den Einwohnern Europas unermessliches Leiden und Dutzende Millionen Opfer brachte.

Die Europäische Union ist eine Gemeinschaft, die im Stande war, die Folgen der Schrecken des Zweiten Weltkrieges sowie einiger unmittelbar darauf folgender Ereignisse zu überwinden und sie auf einem, gemeinsamen Weg der Versöhnung, Freundschaft und gegenseitigen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Völkern zu ersetzen. (...)

Weder der Zweite Weltkrieg noch die aus der heutigen Sicht unannehmbaren Ereignisse und Taten aus der unmittelbar darauf folgenden Zeit, die ebenfalls eine Reihe von menschlichen Tragödien, Leiden und Opfern brachte, können ungeschehen gemacht werden.

Die Regierung ist jedoch überzeugt, daß diese dunklen Kapitel der Geschichte Europas nicht weiterhin das Zusammenleben der europäischen Völker belasten werden und daß der EU-Beitritt auch einen Höhepunkt des Weges der gegenseitigen Versöhnung mit unseren Nachbarn im Geiste der tschechisch-deutschen Erklärung aus dem Jahre 1997, die von der Regierung weiterhin für den wichtigsten Meilenstein auf diesem Weg gehalten wird, darstellen wird.“

Die relativ kurze Erklärung der tschechischen Regierung ist in Deutschland und Österreich als „überraschend“ und „positiv“ beurteilt worden. Am Rande des EU-Gipfels in Saloniki hätten sich der österreichische Bundeskanzler Schüssel lobend darüber geäußert, meldete die tschechische Nachrichtenagentur CTK.

Dabei war eine Stellungnahme dieser Art nach dem EU-Referendum seit langem

Ein Dorfpfarrer, aber kein „Taugenichts“

Pfarrer Heinrich Rzega verteidigte seine Doktorarbeit über Eichendorff



Am Montag, den 16. Juni verteidigte Pfarrer Heinrich Rzega (Mitte) in Oppeln seine Doktorarbeit unter dem Titel „Universaler Charakter der religiös-moralischen Werte im Schaffen Joseph von Eichendorffs“. Heinrich Rzega führt seit vielen Jahren die Pfarrgemeinde in Eichendorffs Geburtsort Lubowitz bei Ratibor und betreut hier auch die bekannte Eichendorff-Gedenkstätte.

Das Foto zeigt v.l.n.r. die beiden Rezensenten Prof. Jerzy Szymik (Lublin), den Oppelner Erzbischof Prof. Alfons Nossol, Dr. Heinrich Rzega, Ministerialrat Norbert Willisch vom Land Bayern, der seit vielen Jahren ein Gönner des Lubowitzer Eichendorffzentrums ist und jüngst die deutsch-polnische Publikation des bekanntesten Eichendorffwerkes „Aus dem Leben eines Taugenichts“ initiierte, sowie Doktorvater Prof. Alojzy Marcol. Pfarrer Rzega bedankte sich dafür, als „Dorfpfarrer“ die Möglichkeit für sein Forschungsvorhaben erhalten zu haben, worauf Erzbischof Nossol humorvoll einwarf: „Sie sind zwar Dorfpfarrer, aber wahrlich kein Taugenichts!“

Foto: Till Scholtz-Knobloch



Im Opper Land, etwa zwanzig Kilometer südlich von Opper, erstrahlt das in einem Park gelegene wiederaufgebaute Schloß Groß Stein, zu dem jetzt im Laumann-Verlag ein ausführlicher Reiseführer erschienen ist. Die 32 Seiten umfassende, farbig bebilderte Publikation kann für 4,80 Euro in der Schlesischen Schatztruhe in Görlitz, Tel. 03581/402021 oder im Senfkorn-Laden in Sankt Annaberg OS erworben werden.

erwartet und von Politikern in Prag auch immer wieder in Aussicht gestellt worden. Am Vorabend des EU-Gipfels in Griechenland konnte sie mit besonders wohlwollender Aufnahme rechnen, denn die Regierungen in Berlin und Wien, denen es im Umfeld der Beitrittsverhandlungen nicht gelang, die verhärtete tschechische Haltung zur Vertreibung zu lockern, sind mittlerweile bereit, auch noch das geringste positive Signal aus Prag als erstes Anzeichen einer großen Wende zu begrüßen. Schließlich erweckte die Abgabe der Erklärung den Anschein, die Tschechische Republik sei der Forderung des Europäischen Parlaments nach einer „politischen Geste“ nun endlich doch nachgekommen.

Tatsächlich aber geht sie nicht nur nicht über die bisherigen offiziellen Stellungnahmen Prags hinaus, sondern fällt auch deutlich hinter die Deutsch-Tschechische Erklärung zurück. Die Formulierung, die den Begriff der Vertreibung vermeidet und die als „Ereignisse und Taten“ umschriebenen Verbrechen als „aus heutiger Sicht unannehmbar“ bezeichnet, hat die Regierung von Präsident Vaclav Klaus übernommen, der sie erstmals im März dieses Jahres verwendete. Sie läßt den Schluß zu, daß die Vertreibung „aus damaliger Sicht“ durchaus „annehmbar“ und legitim war, was der traditionellen tschechischen Darstellung entspricht. Selbst Jan Zahradil, der radikalste unter den Benesch-

Anhängern im tschechischen Nationalrat, fand an der Stellungnahme der Regierung daher nichts auszusetzen.

Weit deutlicher war in der von Kohl und Klaus 1997 unterzeichneten Deutsch-Tschechischen Erklärung formuliert: „Die tschechische Seite bedauert, daß durch die nach dem Kriegsende erfolgte Vertreibung sowie zwangsweise Aussiedlung der Sudetendeutschen aus der damaligen Tschechoslowakei, die Enteignung und Ausbürgerung unschuldigen Menschen viel Leid und Unrecht zugefügt wurde, und dies auch angesichts des kollektiven Charakters der Schuldzuweisung. Sie bedauert insbesondere die Exzesse, die im Widerspruch zu elementaren humanitären Grundsätzen und auch den damals geltenden rechtlichen Normen gestanden haben, und bedauert darüber hinaus, daß es aufgrund des

Unser Oberschlesien

Deutschland:

Brüderstraße 13, 02826 Görlitz
Tel. (03581) 410956, Fax 402231

Oberschlesien:

ul. Klasztorna 4, 47-154 Göra Sw. Anny
Tel. und Fax. (077) 4615993
senfkorn@proximedia.de
www.oberschlesien.de